

**Die Kappelin-Angriffe gegen London.**

Sir Scott Robertson fragte, wie viele Kappelin-Angriffe seit dem 13. Oktober mißlungen seien und ob London jetzt als sicher gegen Angriffe zu betrachten sei.

Parlamentsekretär MacNamara antwortete, kein Angriff sei mißlungen. Ansonsten könne er den früheren Erklärungen nichts hinzufügen.

Der Attorney-General teilte mit, daß die Gehälter des Attorney-Generals und des Solicitor-Generals etwa um 1000 Pfund Sterling vermindert worden seien.

Parlamentärsekretär Tennant sagte, die Verluste des Königlich-königlichen Fliegerkorps betragen in den sechs Monaten Juni bis November 20 Tote, 33 Verwundete, 10 Vermißte und 44 internierte Gefangene.

Premierminister Asquith kündigte an, daß das Parlament vom 23. d. bis zum 4. Januar vertagt werde.

Schatzkanzler MacKenna teilte mit, die Regierung beschlicke die Ausgabe 5prozentiger Erbequerdonds mit fünfjähriger Laufzeit.

**Die Rekrutierung in Australien.**

650.000 Diensttaugliche.

Amsterdam, 17. Dezember.

Wie ein hiesiges Blatt berichtet, meldet die Times aus Melbourne:

Die Rekrutierungskampagne wird energisch fortgesetzt. Man schätzt die Zahl der Diensttauglichen im Lande auf 650.000.

**Die Einkommensteuer in Frankreich.**

Scharfe Proteste.

Genf, 18. Dezember. (Priv.-Tel.)

Temps führt einen heftigen Kampf gegen die angekündigte Einkommensteuer, indem er darauf hinweist, für England sei es wesentlich, wenn die Engländer trotz des Krieges Steuern zahlen. Dies sei ein Beweis, daß dort die Industrie und der Handel blühen. Anders aber sei es in Frankreich, wo der wirtschaftliche Ruin droht. Ribot hätte die Ablehnung der Einkommensteuer erzwingen müssen.

**Der „Ancona“-Fall.**

Amerika lehnt eine Diskussion ab.

Lugano, 18. Dezember. (Priv.-Tel.)

Depeschen aus Washington und London erklären, Amerika lehne jede Diskussion auf Grund der Wünsche der österreichischen Note ab. Es werde in einer zweiten Note einfach die Forderungen der ersten Note wiederholen.

Eine französische Meldung.

Genf, 18. Dezember. (Priv.-Tel.)

Ueber die Antwortnote Oesterreich-Ungarns an Amerika sagt der Temps, die Note enthalte hinreichend Stoff für eine juristische Verschleppung der Affäre. Leider scheint Washington geneigt zu sein, die Sache nicht zu verschlimmern, sondern in den Grenzen der Diplomatie zu bleiben.

**Weitere Kriegsnachrichten auf Seite 12.****Deutschlands Kriegswirtschaft.**

Von H. v. Gerlach (Berlin).

Fast ein Jahr ist es nun schon, daß das feindliche Ausland auf Deutschlands Aushungerung spekuliert. Alle Enttäuschungen, die es in dieser Beziehung erlebt hat, haben ihm den frommen Glauben noch nicht rauben können, daß der Niesenplan eines Tages doch gelingen, daß endlich der leere Magen daheim den Sieg

Das Lustspieltheater wird am 23. d. mit „Prinzessin Rebut“, Ausstattungsstück in

Krieg den sonst geltenden Grundsatz der Preisregelung durch Angebot und Nachfrage ausüben mußte. Er begrenzte den Verbrauch, schlangnahmte Produkte, setzte Preise fest. Der Staatsgedanke regulierte die Privatwirtschaft. Das erscheint vielen heute als eine Annäherung an die Forderungen Sozialismus und erfüllt alle die mit Enten, die in dem Begriff Sozialismus den begriff des Übels erblicken. „Wie werden wir wieder aus dem Kriegszustand herauskommen?“, soll Mann in sehr einflussreicher Stellung gesagt haben. Man konnte sich der Notwendigkeit eines gewissen „Kriegssozialismus“ nicht schließen, aber man versuchte ihn auf das bestmögliche Maß zu beschränken. Und unter da Eingriffe, wo der Grundsatz des Gehend Geschehenlassens verderblich wirken mußte, kam wenigstens nur zu halben Maßregeln, ganze allein nützen konnten.

Hinzu kam der übermäßige Einfluß der Produzenten, namentlich der landwirtschaftlichen. Die ganze deutsche Wirtschaftspolitik war ja in Friedenszeiten bereits bestimmt. So etwas wird durch den Krieg natürlich nicht mit einem Male aus der Welt geschafft. Die, vielfach vielleicht nicht einbekannte, agrarische Grundtendenz der Wirtschaftsmassnahmen in erster Linie dem Interesse landwirtschaftlichen Produzenten Rechnung. Unverständlich ist auch die Landwirtschaft nach den Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden. Ihr sind die männlichen Arbeitskräfte und die Gespanne zum großen Teil genommen worden. Mangel an Futtermitteln und künstlichem Dünger drückt sie. Ihre Produktionskosten haben sich erhöht. Aber vieler noch haben sich ihre Einnahmen erhöht. Im Durchschnitt schneidet kein Bereich während des Krieges wirtschaftlich so richtig ab wie die Landwirtschaft. Für sie besteht er Hochkonjunktur.

Die Leidtragenden sind die Konsumenten. Sie haben die Angst vor dem unheimlichen „Sozialismus“ und die Rücksichtnahme auf die Produzenteninteressen mit nötiger Verteuerung ihres Lebensunterhaltes bezahlen.

Eine geradezu verwirrende Fülle wirtschaftlicher Verordnungen hat sich in den letzten Monaten über Deutschland ergossen. Sie waren nicht gut gemeint, zum Teil auch gut gerichtet, zu einem nicht unwesentlichen Teil jedoch irreführend oder wenigstens unzulänglich.

Greifen wir ein paar Beispiele heraus:

Es wurden zwei fleischlose Tage in der Woche eingeführt. Selbstverständlich schneit sofort die Fischpreise hinauf. Das Pfund Schellfisch, das in normalen Zeiten etwa 5 Pfennig kostet, stieg bis auf 1 Mark. Aber noch um Woche verging, ohne daß man an eine staatliche Regelung der Fischpreise ging, die nach allgemeiner Auffassung des Publikums gleichzeitig mit der Fleischverordnung hätte ergehen müssen.

Schmalz, Speck und Margarine wurden immer knapper, waren fast nicht mehr zu haben. Infolgedessen gingen die Butterpreise sprunghaft in die Höhe, binnen 14 Tagen von etwa 1 Mark 80 Pfennig das Pfund bis auf 3 Mark 60 Pfennig an einzelnen Orten. Da endlich griff man ein, setzte Butterhöchstpreise von 2 Mark 40 Pfennig bis 2 Mark 55 Pfennig fest. Das Publikum fragt sich, warum man nicht rechtzeitig, das heißt, ehe die Fettknappheit ihre volle Wirkung äußerte, zu Butterhöchstpreisen kam, die alsdann niedriger hätten festgesetzt werden können.

Zugunsten der Landwirtschaft wurde der Preis für Hafer und Gerste auf 15 Mark pro Zentner normiert, das heißt, etwa doppelt so hoch wie in Friedenszeiten. Das war an sich schon ein starkes Entgegenkommen an die Landwirtschaft, das schließlich die Masse der Steuerzahler zu bezahlen hat, da die hohen Haferpreise in erster Linie die Militärverwaltung belasten. Aber nur für 50 Prozent der Produktion gelten diese Preise. Für die andere Hälfte blieben die Preise unbeschränkt und wurden vielfach geradezu phantastisch. Geflügelzüchter versicherten mir, daß ihnen für den Zentner Futtergerste 44 Mark abverlangt worden seien.

Wir haben eine unerhörte große Kartoffelernte. Trotzdem wird den Landwirten der weit übernormale Preis von 2.75 Mark pro Zentner zugestanden. Und für diesen Preis liefern sie vielfach nur erdorene oder sonst schlechte Kartoffeln, während sie die guten zurückhalten. In manchen Gegenden wird mit den Kartoffelverkäufen überhaupt so zurückgehalten — in Erwartung einer späteren Steigerung der Höchstpreise! —, daß die Städte in größte Verlegenheit kommen. Das Publikum fragt sich: warum enteignet man nicht die Kartoffeln, wenn die Produzenten nicht freiwillig damit herauskommen? Oder noch besser — warum setzt man nicht einen um vielleicht 50 Pfennig niedrigeren Enteignungspreis fest, um die Landwirte zu freiwilligem Verkauf anzuregen?

Zusammenfassend kann man sagen: unsere Lebensmittelpolitik hat in glänzender Weise alle Aushungerungspläne zunichte gemacht. Schade, daß die Preispolitik nicht auf der Höhe der Organisationsgedanken stand. Da haben die Produzenteninteressen über die Konsumenteninteressen den Sieg davongetragen.